

27.07.2009 17:02 UHR

Drucken | Versenden | Bookmarken

ZEIL**Zweifel an Afghanistanpolitik wachsen**

Grünen-Politiker Toni Hofreiter plädiert für „Geld-Diplomatie“



(ANS) Der Kreisvorstand Haßberge von „Bündnis 90- Die Grünen“ hatte am Freitag den Bundespolitiker Dr. Toni Hofreiter nach Zeil in den Gasthof „Zum Hirschen“ geladen. Der Münchner Doktor der Botanik wurde 2005 über die bayerische Landesliste in den Bundestag gewählt.

Kreisvorsitzender Harald Kuhn zeigte sich erfreut über die „zahlreiche Teilnahme an diesem Vortrags- und Diskussionsabend.“ Dies stehe im engen Zusammenhang mit dem Vortragsthema, dem landesweit kontrovers diskutierten Bundeswehreininsatz vor einigen Tagen in Afghanistan und der damit bisher größten Militäroffensive der Bundeswehr seit ihrem Bestehen. Auch innerhalb der „Bündnis-Grünen“ herrsche hierzu kein Konsens, so Kuhn.

Als Obmann seiner Partei in Berlin wirkt Hofreiter schwerpunktmäßig im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit. Als bayerischer Abgeordneter ist er auch Ansprechpartner unter anderem für Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz.

Hofreiter hat sich schon sehr früh gegen ein militärisches Vorgehen in Afghanistan ausgesprochen. „Mit meiner Überzeugung stehe ich momentan auch innerhalb unserer Partei noch ziemlich alleine. Die Attentate vom 11. September 2001 in den USA haben weltweit größte Ängste vor weiteren Terroranschlägen ausgelöst. So wurde auch dem Militäreinsatz gegen die Taliban, die als Unterstützer des Al-Qaida-Netzwerkes von Osama bin Laden gelten, von unserer Partei mitgetragen. Mittlerweile hat sich die Situation eher verschärft und innerhalb der Bevölkerung bröckelt die Hoffnung auf Frieden. Die Taliban finden immer mehr Anhänger, trotz ihrer fundamentalistischen und restriktiven Ideologie“, führte er aus.

Die Soldaten vor Ort seien mangels Sprach- und Kulturkenntnisse in dem fremden Land völlig überfordert, es komme zu „Schnellschüssen“ mit fatalen Folgen. Man sei ohne klares Konzept in diesen Konflikt hineingegangen und habe sich nun heillos darin verstrickt. „Präsident Hamid Karzai gilt in der Bevölkerung zunehmend als eine Marionette des Westens.“ Die USA seien für Kriegseinsätze nach dem Slogan ihrer Generäle „we do war“ (Kriegseinsatz ist unsere Sache) verantwortlich, den Aufbau der Infrastruktur und eines funktionierenden Polizeiapparates überlasse man dann Deutschen, Europäern und ISAF-Truppen. „Und ausgerechnet Italien, mit seinen eigenen verfilzten Rechtssystem, soll in Afghanistan eine funktionierende Justiz neu entwickeln“, wundert sich Hofreiter.

Selbst der amerikanische Hoffnungsträger, US-Präsident Barack Obama, halte kein kohärentes politisches Lösungskonzept bereit. Der Grünen-Politiker habe selbst durch Auslandsaufenthalte erfahren, wie prägend sich Stammestraditionen und kulturelle Einflüsse auf das Verhalten der Bevölkerung auswirken. „Stammesfürsten und Ältestenräte bestimmen das Alltagsdenken der Menschen, bis tief hinein in das Netzwerk internationalen Opiumhandels. Unsere Drogenpolitik treibt nur die Gewinne der Opiumkartelle hoch. Bei Außenkonflikten stellen Stämme ihre teils über Jahrhunderte schwelenden internen Querelen allerdings zurück und empfinden sich als eine Nation von Afghanen.“

Zunehmend verspiele Deutschland durch den forcierten Militäreinsatz internationales Renommee als diplomatischer Mittler zwischen Konfliktparteien. „Ich plädiere, so eigentümlich dies auch klingen mag, dafür, die Konfliktparteien durch Geld und Geheimdienstoperationen zu beschwichtigen. Das würde weniger Menschenleben kosten und einer gemäßigten Entwicklung den Weg bahnen.“

Ob man damit den „Taliban“ nicht Tür und Tor öffne, fragten viele Zuhörer. „Wenn wir mit der bisherigen Kriegsmethoden dem Ziel einer befriedeten Gesellschaft in Afghanistan nicht näher gekommen sind, dann müssen wir es auf anderen Wegen

versuchen. Wenn es sein muss mit gezielter Geld-Diplomatie“, so seine Überzeugung.

„Und die Alternative?“ wurde weiter gefragt. Eine klare Lösung könne er auch nicht bieten, doch alles sei besser, als weiterhin Soldaten und Zivilisten in den Tod zu schicken. Man müsse sich auf eher evolutionäre Entwicklungszeiträume einstellen. Westliche Demokratien müssten hier umdenken, die Stammestraktionen seien tief verwurzelt.

„Ich bin nicht für einen überstürzten Rückzug, das würde nur noch mehr Unruhe hervorrufen. Erster Schritt sollte die Konzentrierung der westlichen Militärs in befestigten Lagern sein, im zweiten Schritt dann die Übergabe an einheimische Stammesführer vorbereiten“, so der Vorschlag des Redners. Selbst in Bayern könnten heute noch Stammesgefühle verletzt werden. Er erinnerte an die heftigen Auseinandersetzungen um die Kandidatur der aus Oberbayern stammenden CSUlerin Monika Hohlmeier auf einer oberfränkischen Wahlliste.

Ob man in Berlin denn schon umdenke in Sachen Afghanistanpolitik, wollte der Kreisvorstand Harald Kuhn abschließend noch wissen. Ja, antwortet der Grünen-Politiker, die Zweifel an der bisherigen Strategie würden wachsen.